30 März 2014

Geben wir den Beratenden eine Stimme!

Nach ersten Treffen auf den internationalen Kongressen des IVBBB/AIOSP 2012 in Mannheim und 2013 in Montpellier haben Vertreter/innen der Beratungs-Fachöffentlichkeit aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden vereinbart, sich als europäische Arbeitsgruppe der Bildung- und Berufsberater unter dem Dach des IVBBB/AIOSP zusammenzuschließen. Vertreter von Beratenden aus Spanien, Zypern, Belgien, Holland, Finnland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und der Schweiz haben bereits ihr Interesse an dieser europäischen Vernetzung und an einer gemeinsamen Lobbyarbeit für die Bildungs- und Berufsberatung im politischen Raum Europa bekundet.

Der ACOP-F und der dvb laden die europäischen Verbände die im Bereich der Berufsberatung aktiv sind, und ihre individuellen Mitglieder ein, sich zur Debatte über die gemeinsamen Anliegen und Sorgen sowie die Arbeit an Verbesserungen der Beratungspraxis in Europa zusammenzuschließen.

Unser Ziel ist die Bildung einer europäischen Arbeitsgruppe von Beratungspraktikern mit folgenden Aufgaben:

- Wir wollen eine Plattform bieten für einen Fachdiskurs über die emanzipatorische Aufgabe der Berufsberatung, die subjektiven und einzigartigen Fragestellungen des Individuums zu Berufs-, Bildungs- und Lebenswegen in den Fokus der Beratungsarbeit zu stellen.
- Ausgehend von einer Analyse der Beratungsrealität einschließlich der Ausbildung und beruflichen Situation der Beraterinnen und Berater in den europäischen Ländern, wollen wir unser Interesse an einer institutionell gesicherten und beratungsfachlich autonomen Bildungs- und Berufsberatung an die EU-Instanzen herantragen.
- Wir wollen für diese europäische Lobbyarbeit gemeinsame Vorschläge zur Weiterentwicklung einer humanistisch begründeten, dem einzelnen Bürger dienenden der Berufs- und Bildungsberatung erarbeiten.

Dieser Aufruf reagiert kritisch auf politökonomische Funktionalisierungsversuche der Berufs- und Bildungsberatung in einzelnen EU-Staaten, die wir im klaren Widerspruch sehen zu den Ratsentschließungen und –empfehlungen der EU, in denen immer wieder die Bedeutung der Beratung als entscheidendes Mittel für die Förderung der Entwicklung ihrer Bürger/innen und für den sozialen Zusammenhalt betont wird. Die reale Situation der Bildungs- und Berufsberatung hat sich deshalb im Laufe der letzten Jahre in vielen Ländern der EU verändert und teilweise signifikant verschlechtert. Beispielhaft hier ein Schlaglicht auf die Situation in Frankreich:

- -Die öffentliche Berufsberatung der Éducation nationale steht heute unter starkem Druck. Seit 2009 wurden mehr als 50 Berufsinformationszentren geschlossen und in den nächsten Monaten sollen weitere dutzende Dienstleistungen verschwinden.
- Die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Dienstleistungen haben sich signifikatif verschlechtert.

- – Für ca. 6 Mio. Schüler, 2,5 Mio. Studenten und tausende Arbeitsuchende in Frankreich sind nur 4000 Berufsberater eingeplant, um ihre Begleitung und Beratung sicherzustellen.

in Deutschland:

- eine zunehmende Tendenz, Beratungsangebote zur Bekämpfung des vermuteten „Fachkräftemangels“ zu funktionalisieren
- infolgedessen vor allem die Angebote zur beruflichen Beratung und Orientierung, speziell für junge berufliche Einsteiger/innen, zu fördern, die einseitig auf vermeintliche „Mangelberufe“ ausgerichtet sind
- eine zunehmende Tendenz zum Einbau beruflicher Beratung in die bürokratischen Zwangskontexte der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik
- eine unangemessene, weil beratungsfremde Tendenz zur simplen, ökonomistischen Quantifizierung der Evaluation von Beratung
- eine Verweigerung der staatlichen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie der staatlich finanzierten Beratungsanbieter, verbindliche Normen für die Aus- und Fortbildung der Beratenden sowie einheitliche Qualitätsstandards für die Durchführung der Beratung zu schaffen und im Bereich der Bildungs-und Berufsberatung eine völlige Gewerbefreiheit ohne Qualitätskontrollen zuzulassen.

Ronald Sultana (dvb-forum 2/2013 S. 26ff) hat dazu deutliche Worte gefunden:

- Die wirtschaftliche Macht von multinationalen Konzernen oder supranationalen Organisationen hat sich in den letzten Jahren in einem solchen Ausmaß auf Kosten der politischen Macht ausgedehnt, dass Entscheidungen von denen Leben und Wohlergehen der Menschen betroffen sind, außerhalb demokratischer Kontrolle getroffen werden.
- Oft und in vielen Teilen der Welt zieht sich der Staat aus der Aufgabe zurück, die Menschen gegen Unsicherheit und die Angst, die daraus resultiert, zu schützen. Stattdessen fordern die Regierungen mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und in allen anderen Lebensbereichen, die von den Marktkräften bestimmt werden. Im Ergebnis wächst so die Verunsicherung des Einzelnen noch weiter. Faktisch wird der Einzelne einem zunehmenden individuellen Lebensrisiko ausgesetzt.
- Es wird vom Individuum erwartet, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und entsprechend zu agieren, ohne dass der Staat genügend notwendige Hilfen für seine Bürger zur Verfügung stellt, um diesen Anforderungen zu genügen.

Wir sind der Auffassung, dass eine andere Politik der Beratung möglich und nötig ist, die

1. die Vielfalt der Beratungspraktiken anerkennt und nicht ihre Standardisierung betreibt,
2. die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und das persönliche Wohlbefinden in den Mittelpunkt der Beratungspraktiken zu stellt,
3. ein hohes Niveau der Beraterqualifikation und der Ausbildung definiert und eine kostenfreien Inanspruchnahme qualitativ hochwertiger Beratungsangebote garantiert.

Uns eint die Überzeugung, dass im Verbund mit Bildung und Ausbildung die Beratung ein essentielles Element ist, das dem Individuum erlaubt, sein eigenes Leben in die Hand zu nehmen und Bürger in einer Solidargemeinschaft zu werden. Bildungs- und Berufsberatung will die individuelle Autonomie und das individuelle Potential entwickeln helfen sowie den Einzelnen in seiner Reflexion begleiten.

Wir schlagen allen Berufsberatungspraktikern und den Verbänden, die sich betroffen fühlen vor, eine erste Meinungsäußerung zu erarbeiten, die Entscheidern und insbesondere den europäischen Instanzen, die mit der Neudefinition der Beratung befasst sind, vorgestellt werden. Zur Verfolgung dieser Ziele beabsichtigen wir zunächst ein Erasmusprojekt zu entwickeln, um die Begegnung und den Austausch der Beratungspraktiker auf europäischer Ebene zu ermöglichen und diesem Aufruf eine Perspektive zu geben.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen und mitwirken möchten, bitten wie Sie um Kontaktaufnahme!

Kontaktdaten:

Dominique HOCQUARD, Président de l'ACOP-F dominique.hocquard@acop-asso.org 06 83 29 38 37 ***ACOP-F : www.acop.asso.org***
Heiner BLECKMANN mitglied dvb und AIOSP heiner.bleckmann@wanadoo.fr 06 86 44 59 07 ***dvb : www.dvb-fachverband.de***